

THEMA: TOP-SALÄRE

50 PROZENT MEHR LOHN FÜR UBS-PRÄSIDENT

Ospel schliesst zu Vasella auf

UBS-Präsident Marcel Ospel verdiente im letzten Jahr 18,8 Millionen Franken – 6,3 Millionen mehr als im Vorjahr.

◆ Stefan Schnyder

Davon können fast alle Angestellten nur träumen: UBS-Verwaltungsratspräsident Marcel Ospel hat im letzten Jahr rund 50 Prozent mehr verdient als im Vorjahr. Im Jahr 2003 bezog er ein Salär von 18,8 Millionen Franken – oder 50 000 Franken pro Tag, Samstage und Sonntage eingerechnet. Die Gesamtsumme beinhaltet gesperrte UBS-Aktien im Wert von 7,5 Millionen Franken und Optionen, die derzeit einen Wert von 1,6 Millionen Franken haben. Wie die Bank schreibt, sind die Optionen als «langfristiger Leistungsanreiz» gedacht.

Die UBS wollte gestern nicht genauer erläutern, was zum aussergewöhnlichen Lohnsprung geführt hat. UBS-Sprecherin Larissa Alghisi erklärte bloss: «Die Entschädigung des Managements ist gebunden an das Finanzresultat und an dessen Nachhaltigkeit.» Im Klartext: Je mehr Gewinn die UBS erzielt, desto höher der Lohn von Marcel Ospel. Da nun der bereinigte Gewinn gegenüber dem Vorjahr um 33 Prozent auf 6,3 Milliarden Franken explodierte, musste dies nach dieser Logik für Marcel Ospel eine praller gefüllte Lohntüte



Der Mann hat gut lachen: Das ausgezeichnete Ergebnis der UBS lässt den Lohn von Präsident Marcel Ospel auf 18,8 Millionen Franken anschwellen.

BILD KEYSTONE

te zur Folge haben. Über den Geldsegen für Ospel können sich auch die AHV- und Steuerbehörden freuen: Auf die Frage, was man mit 12 Millionen Franken mache, antwortete Ospel jüngst in einem Interview: «Erst einmal viel Steuern bezahlen. Nach Abzug der AHV bleibt noch gut die Hälfte.»

Neu ein Spitzenduo

Der Geldsegen für Ospel hat zur Folge, dass der UBS-Präsi-

dent im letzten Jahr punkto Lohn zu Daniel Vasella aufgeschlossen hat. Der Präsident und CEO von Novartis war im Jahr 2002 mit einem Lohn von 20,1 Millionen Franken noch mit Abstand der absolute Spitzenverdiener unter den Schweizer Managern. Im letzten Jahr sank dieser Betrag indes um 1 Million Franken auf rund 19 Millionen. Hinter diesem neuen Spitzenduo folgt mit einem gewissen Abstand Franz Humer, dessen

Lohn im letzten Jahr ebenfalls schrumpfte: Bezog der Roche-Präsident im Jahr 2002 noch rund 15 Millionen Franken, waren es im letzten Jahr 11,4 Millionen. Deutlich weniger – aber immer noch zehnmal mehr als ein Bundesrat – verdient Armin Meyer, CEO und Präsident von Ciba Spezialitätenchemie: Sein Gesamtsalär nahm leicht von 3,9 auf 4,1 Millionen Franken zu.

Da die Saison der Bilanzmedienkonferenzen erst kürzlich

angelaufen ist, sind derzeit erst die Spitzenlöhne von einzelnen Unternehmen bekannt. Gespannt wartet die Öffentlichkeit auf die Saläre der Chefs von Credit Suisse, die morgen bekannt gegeben werden: Präsident Walter Kielholz und die beiden CEO Oswald Grübel und John Mack sind erst seit Anfang 2003 im Amt, sodass ihre Löhne bisher noch nicht veröffentlicht worden sind. Einen Anhaltspunkt gibt es: Der abgetretene Präsident und CEO Lukas Mühlemann bezog im Jahr 2002 einen Lohn von 8 Millionen.

Tieferes Niveau im Espace

Im Vergleich zu ihren Kollegen in Basel und Zürich beziehen die Spitzenmanager der börsenkotierten Unternehmen im Espace Mittelland vergleichsweise bescheidene Saläre. Aktuelle Zahlen liegen zwar noch nicht vor, es ist indes zu erwarten, dass es im Vergleich mit dem Jahr 2002 nur zu geringfügigen Veränderungen kommen wird. Damals lag Nicolas G.Hayek (1,5 Millionen, Swatch) vor Jens Alder (1,4 Millionen, Swisscom) und Etienne Jornod (1,1 Millionen Franken, Galenica). Mit am meisten Spannung wird die Veröffentlichung des Bonus von Juhani Anttila erwartet. Bekannt ist bereits, dass der CEO und Präsident von der Ascom für seine Doppelfunktion im letzten Jahr ein Fixum von 670 000 Franken bezog. ◆

«...brauchen neue Gesellschaftsidee»

Die Frage sei nicht, wie viel ein Topmanager verdiene, sondern wie gross die Bandbreite aller Löhne sei, sagt Wirtschaftsethiker Peter Ulrich. Das sei wichtig für gleichberechtigte, freie Bürger.

◆ Interview: Fredy Gasser

Herr Ulrich, finden Sie es richtig, dass Marcel Ospel bei der UBS 18,8 Millionen Franken verdient?

Peter Ulrich: Ich würde die Frage anders stellen und zeige das am Beispiel von Novartis-Chef Daniel Vasella. Entscheidender als die Lohnsumme ist die Frage, ob sich eine Grössenordnung von 20 Millionen Franken Lohn für ihn mit der Firmenphilosophie verträgt. Novartis will ja eine «Corporate Citizenship» pflegen, sich also wie «anständige Bürger» verhalten.

Ist es anständig, wenn sich Spitzenmanager mit ihren Gehältern dermassen von den Normalbürgern absetzen?

Das ist die Frage, mit der man die Chefs eventuell abholen könnte: bei ihrem Selbstverständnis, ihrer Einsicht.

Wer verzichtet schon auf die Hälfte eines Millionengehaltes? Wenn man einen Blick in die Politik wirft, sieht man, dass von Regierungsmitgliedern erwartet wird, dass sie einen ausgeprägten Bürgersinn haben, der sich durch eine gewisse Volksnähe auszeichnet – und das übt auf diese Leute einen entsprechenden Erwartungsdruck aus, auch was ihre Entschädigungen betrifft. Man müsste einen solchen Erwartungsdruck auch auf Spitzenmanager ausüben können.



«Freiheit heisst auch Verantwortung»: Peter Ulrich.

Wäre es auch eine taugliche Idee, einen Leistungslohn für Politiker zu fordern?

Ich finde die Idee etwas verspätet. Sie kommt in einem Moment, da man in der Privatwirtschaft schon wieder abbrückt von der Doktrin, dass ein immer höherer Lohnbestandteil auf individueller Leistung beruhen müsse und ein immer kleinerer Teil fix sein solle. Das führt doch dazu, dass nur kurzfristige Erfolgsnachweise angestrebt werden, die mit nachhaltigen Leistungen nicht deckungsgleich sind. Das wäre doch absurd, ausgerechnet beim Staat, der die nachhaltige Entwicklung im Auge behalten muss...

... aber etwa seine Regierungsmitglieder im Vergleich mit der Privatwirtschaft sehr schlecht entlohnt.

Die Politik ist einer jener gesellschaftlichen Bereiche, wo ebenso anspruchsvolle Leistung erbracht, ebenso lang und intensiv gearbeitet wird. Aber trotz der tiefen Gehälter lassen sich dort oberste Führungspositionen problemlos besetzen. Offenbar mit Menschen, die ihren Berufserfolg völlig anders definieren.

Sie sind ein hehrer Idealist.

Wenn Sie meinen, ich lebe abgehoben von der Wirklichkeit, liegen Sie falsch. Ich bin von Haus aus Betriebswirtschaftler, habe fünf Jahre als Unternehmensberater gearbeitet; ich kenne diese Welt. Die lohnpolitische Grundidee der Firmen ist klar: Sie wollen ihre Mitarbeitenden motivieren mit der Aussicht auf Beförderung und Honorierung von Mehrleistung. Wenn aber die Gehaltssprünge zwischen zwei Hierarchiestufen in einem Unternehmen ein gewisses Mass überschreiten, ist diese Differenz für die Unterstellten eher demotivierend, weil für sie der Leistungsunterschied dann kleiner ist als der Lohnunterschied. Dieser Unterschied sollte zwischen zwei Führungsebenen in der Regel nicht viel grösser als ein Drittel sein.

Was folgern Sie daraus?

Allzu grosse Lohnspreizungen bei Unternehmen, die eine Aktiengesellschaft sind, könnten geradezu ein Warnsignal für die Aktionäre sein. In den letzten Jahren ist doch auffallend oft von Firmen Kapital vernichtet worden, die gleichzeitig oder vorher in den Schlagzeilen waren wegen grosser Millionenbezüge der Spitzenkräfte. Diese Zusammenhänge sind allerdings noch nicht untersucht; ich formuliere hier nur eine Vermutung.

Wie stehts bei Ihnen an der Universität?

In meinem eigenen Bereich ist das Verhältnis zwischen dem Lohn eines Assistenten, der gerade sein Diplom gemacht hat, und jenem eines ordentlichen Professors, hochgerechnet auf eine Vollstelle, tiefer als 1:3.

Wollen Sie selber nicht zurück in die Privatwirtschaft?

Die Chance, in einem Bereich zu arbeiten, wo man eine grosse persönliche Befriedigung empfindet und etwas tut, was ich als sinnvoller anschau als bloss einem monetären Anreiz nachzueifern, das ist für mich Lebensqualität mit einem ganz eigenen Wert.

Noch leben uns die Grosskonzerne die reine Lehre der Gewinnmaximierung vor.

Nach konventionellen Massstäben ist etwa die UBS sicherlich gut geführt und als erfolgreich ausgewiesen. Die Frage ist: auf wessen Kosten? Ich stehe der in der Privatwirtschaft üblichen Gemeinwohrrhetorik kritisch gegenüber. Man denke an die Entlassungswellen bei den Banken in den letzten zwei Jahren. Gleichzeitig haben sie regelmässig Preise und Gebühren ihrer Dienstleistungen gegenüber ihren Kunden erhöht. Und drittens sagt die UBS, dass ihr Gewinnzuwachs vor allem im Private Banking erwirtschaftet worden ist. Kapital, das vermutlich aus Steuerhinterziehungsgründen «zugewandert ist». Das heisst: Der privatwirtschaftliche Erfolg geht zum Teil auf Kosten von Steuerausfällen in anderen Ländern.

Macht die Wirtschaft einen Denkfehler?

Der Schlüsselgedanke liegt meines Erachtens darin, dass es in Fragen der Ordnungspolitik längst nicht mehr darum geht, ob mehr Staat versus mehr Markt oder umgekehrt zum Erfolg führt. Sondern es geht darum, das Wirtschaftssystem als Ganzes einzubinden in eine neue Gesellschaftsidee. Wir stehen weniger vor wirtschaftspolitischen denn vor gesellschaftspolitischen Herausforderungen. In welcher Gesellschaft wollen

wir leben? Wollen wir in Zukunft eine Gesellschaft, in der die Wirtschaft Mittel und die Lebensqualität der Bürger Zweck ist? Oder nehmen wir in Kauf, dass zunehmend die Kapitalverwertung der Privatwirtschaft der Zweck ist, dem alle anderen Gesichtspunkte untergeordnet werden?

Was wäre richtiger?

Wünschbar wäre eine breitere Definition der gesellschaftlichen Rolle der Unternehmen. Sie sollten in ihre Erfolgsphilosophie die Auswirkungen auf alle Beteiligten einbeziehen, nicht nur jene auf die Aktionäre und die Führungskräfte.

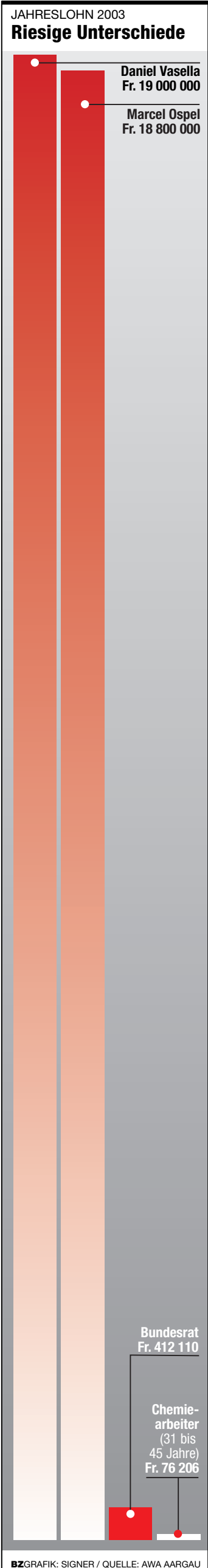
Wie sollen sich Unternehmen verhalten?

Unternehmen sollen sich in einer modernen bürgerlichen Gesellschaft wie anständige Bürger verhalten. Das heisst: Sie haben selbstverständlich das Recht, erfolgreich zu sein. Aber anständige Bürger wollen ihren Erfolg mit legitimen Mitteln und Methoden erzielen.

Was ist anständig?

Es geht um den gegenseitigen Respekt und den zivilisierten Umgang zwischen verantwortlichen Bürgern. In einer freien Gesellschaft gehen wir doch davon aus, dass die Rückseite der Münze «Freiheit» «Verantwortung» heisst. Wird das von den Einzelnen nicht so wahrgenommen, muss eben der Rechtsstaat für diese Ordnung sorgen. ◆

Der in Bern geborene **Peter Ulrich** (56) ist seit 1987 Ordinarius und Leiter des Instituts für Wirtschaftsethik an der Universität St. Gallen. Er ist Autor des Standardwerkes «Integrative Wirtschaftsethik – Grundlagen einer lebensdienlichen Ökonomie» (3. rev. Auflage, Bern 2001).



RUBRIKENVERZEICHNIS	
Liegenschaftsmarkt mit Inhaltsverzeichnis	8
Kreuzwörtertsel/Horoskop	11
TV/Radio	19
Todesanzeigen Danksagungen	
Berner Zeitung	30, 36
Berner Oberländer	30, 31
Thuner Tagblatt	30, 31
Solothurner Tagblatt	28, 36
Fahrzeugmarkt	24
Ausgehen	38
Kinos/Ausgehen	39
Weitere Hinweise auf den Lokalseiten.	